

Antrag 2024/A/7**AfA RLP****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Landtagsfraktion, Parteivorstand****Für eine qualifizierte Aus- und Weiterbildung**

1 Die Industrie und das Handwerk stehen vor
2 einem massiven Umbruch. Rasante Trans-
3 formationsprozesse bestimmen derzeit die
4 Arbeitswelt. Die zunehmende Digitalisie-
5 rung, der ökologische Umbau und damit
6 der Strukturwandel in den unterschiedli-
7 chen Wirtschaftsbereichen und Regionen,
8 verändern die Anforderungen an Beschäf-
9 tigte und Unternehmen. Eine erfolgrei-
10 che Fachkräftegewinnung und -sicherung
11 ist für die Bewältigung der gesellschaft-
12 lichen Herausforderungen zur Sicherung
13 des Wohlstandes und der Leistungsfähig-
14 keit der Volkswirtschaft in den kommen-
15 den Jahrzehnten entscheidend. Der techno-
16 logische Wandel, die Digitalisierung der Ar-
17 beitswelt und Verwaltung, der Weg zu Kli-
18 maneutralität bis 2045 lassen sich eben-
19 so wenig wie die dauerhafte Bereitstellung
20 hochwertiger Gesundheits-, Pflege- und In-
21 klusionsleistungen ohne geeignete Fach-
22 kräfte realisieren. Durch Fachkräftezuwan-
23 derung aus anderen Ländern allein wird
24 sich die Fachkräftenachfrage nicht decken
25 lassen. Um die vielfältigen wirtschaftli-
26 chen, sozialen und gesellschaftlichen Zu-
27 kunftsaufgaben bewältigen zu können, ist
28 es auch erforderlich, noch nicht ausge-
29 schöpfte Fachkräftepotenziale in allen Be-
30 reichen im Zusammenwirken von Sozial-
31 partnern, Politik, Verwaltung und Zivilge-
32 sellschaft zu erschließen.
33 Wir brauchen Strategien, um transforma-
34 tionsbedingte Veränderungen im Interes-

35 se von Beschäftigten und Unternehmen
36 möglichst verwerfungsfrei und zukunfts-
37 orientiert zu gestalten. Insbesondere ist
38 es wichtig, die sich durch technologische
39 Fortschritte und innovative Arbeitsgestal-
40 tung ergebenden Möglichkeiten zu nutzen,
41 um Fachkräftebedarfe und Fachkräftepo-
42 tentiale möglichst gut in Einklang zu brin-
43 gen. Eine entscheidende Rolle spielt da-
44 bei die Frage des Kompetenz- und Qua-
45 lifikationserwerbs bei sich laufend verän-
46 dernden Anforderungen. Dabei ist eine
47 massive Verschiebung der Qualifikations-
48 anforderungen zu gestalten. Gleichzeitig
49 ist der Druck durch die aktuellen Krisen
50 noch einmal deutlich gestiegen.

51 Die Bundesregierung investiert Milliarden
52 im Bereich Klimaschutz und Energiewende,
53 aber alle Anstrengungen werden stocken,
54 wenn nicht zeitnah ausreichend gut ausge-
55 bildete Beschäftigte bspw. Windparks bau-
56 en und warten, Wärmepumpen oder La-
57 desäulen installieren, emissionsarme Fahr-
58 zeuge herstellen etc. Es besteht die Gefahr
59 einer Deindustrialisierung, wenn die öko-
60 logische und digitale Transformation nicht
61 durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik be-
62 gleitet wird.

63 Unsere wesentlichen Forderungen:

64

65 • Es müssen kurzfristig massive finanziel-
66 le Mittel für eine Stärkung der Aus- und
67 Weiterbildungsförderung eingestellt wer-
68 den, um mit passgenauen Instrumenten
69 akuten arbeitsmarktpolitischen Problemen
70 zu begegnen. Ziel muss es sein, die Weiter-
71 bildungsbereitschaft der Arbeitgeber und
72 der Beschäftigten zu erhöhen und dadurch
73 Arbeitsplätze insbesondere in der Industrie
74 zu sichern. Sozialpartner-schaftliche Initia-

75 tiven wie Zukunftstarifverträge müssen ge-
76 stärkt werden.

77

78 • Wir wissen, dass die Beschäftigten neben
79 den Recht für Aus- und Weiterbildung auch
80 Zeit haben müssen und eine lebensstand-
81 sichernde Absicherung während der Qua-
82 lifizierungsmaßnahme gewährleistet sein
83 muss. Weiterbildung muss ein fester Be-
84 standteil des betrieblichen Alltags werden.

85

86 • Wir wollen, dass neben partiellen Wei-
87 terbildungen und Umschulungen, Beschäf-
88 tigte während ihres gesamten Erwerbsle-
89 bens die Möglichkeit haben müssen, sich
90 beruflich neu bzw. umzuorientieren. In vie-
91 len Bereichen könnten Arbeits- und Fach-
92 kräfte durch eine „zweite Ausbildung“ die
93 Qualifikation erhalten, die im Zusammen-
94 hang mit der Energiewende oder Digitali-
95 sierung bereits jetzt und zukünftig benötigt
96 werden.

97

98 • Neben zielgenauer Beratungsangebote
99 sind aktivierende und unterstützende
100 Begleitstrukturen in den Betrieben zu
101 etablieren.

102

103 • Gute Weiterbildung basiert auf einer so-
104 liden Ausbildung. Immer mehr junge Men-
105 schen gehen leer aus. Nur noch jedes fünf-
106 te Unternehmen bildet aus. Wir brauchen
107 eine Ausbildungsgarantie für junge Men-
108 schen. Und wenn die Arbeitgeber ihrer Ver-
109 antwortung nicht freiwillig nachkommen,
110 dann wird es höchste Zeit für eine Aus-
111 bildungsumlage. Damit werden die Unter-
112 nehmen, die ausbilden, gefördert und die
113 Betriebe, die sich zurücklehnen, müssen
114 zahlen.

115

116 • Bei Qualifizierungsgeld sollte der Grund-
117 satz leitend sein, dass das Qualifizierungs-
118 geld im Vergleich zu anderen Instrumenten
119 mindestens ebenbürtig ist. Es ist angemess-
120 en, dass Betriebe, die den aufwendigeren
121 Weg des Qualifizierungsgeldes gehen, För-
122 dermöglichkeiten erhalten, die über die des
123 § 82 SGB III (neu) hinausgehen:

124 - Die Förderung sollte um eine Variante er-
125 gänzt werden: Bisher ist vorgesehen, dass
126 bei einer Weiterbildung im Rahmen des
127 Qualifizierungsgeldes der Träger, nicht aber
128 die Maßnahme zugelassen bzw. zertifiziert
129 sein muss. Dafür müssen die Lehrgangs-
130 kosten vollständig vom Arbeitgeber getra-
131 gen werden. Damit würde ein Rahmen ge-
132 schaffen, gerade auch hochwertige Weiter-
133 bildungsmaßnahmen unbürokratisch und
134 zügig durchführen zu können.

135 - Angesichts der vielschichtigen Gemenge-
136 lage sowohl hinsichtlich der Qualifizie-
137 rungserfordernisse als auch der Ressour-
138 cenlage in den Betrieben, sollte auch beim
139 Qualifizierungsgeld ergänzend eine Varian-
140 te vorgesehen werden, bei der Weiterbil-
141 dungskosten gefördert werden. Dies ist ins-
142 besondere erforderlich, wenn auch erreicht
143 werden soll länger dauernde, transformati-
144 onsrelevante und damit auch kosteninten-
145 sive Weiterbildungen bis hin zu Umschu-
146 lungen (z.B. IT-System-Elektroniker*in) im
147 Rahmen des Qualifizierungsgeldes zu rea-
148 lisieren.

149

150 • Wie auch bei der Fort- und Weiterbil-
151 dungsförderung gem. § 82 SGB III sollte
152 auch beim Qualifizierungsgeld eine Förde-
153 rung der Weiterbildungskosten (entspre-
154 chend der Staffelung im § 82 SGB III neu)

155 ermöglicht werden, wenn sowohl Träger als
156 auch Maßnahme zugelassen bzw. zertifi-
157 ziert sind.

158

159 • Die Wartezeit beim Qualifizierungsgeld
160 sollte analog zur Förderung nach § 82 SGB
161 III (neu) ausgestaltet werden. Eine Ver-
162 kürzung von vier auf zwei Jahre ist mit
163 Blick auf die genannten Herausforderun-
164 gen auch beim Qualifizierungsgeld ange-
165 messen.

166

167 • Das Qualifizierungsgeld sollte wie das
168 Kurzarbeitergeld als Anspruchsleistung
169 und nicht wie vorgesehen als Ermessens-
170 leistung konzipiert sein.

171

172 • an der gesetzlichen Regelung zum Min-
173 destumfang einer Maßnahme im § 82 SGB
174 III (neu) muss festgehalten und diese Re-
175 gelung analog im vorgesehenen Qualifizie-
176 rungsgeld verankert werden.

177

178 • der Maßnahmenausschluss nach § 22 Abs.
179 1a SGB III muss aufgehoben werden, denn
180 der generelle Ausschluss von Fortbildun-
181 gen die nach dem Aufstiegsfortbildungs-
182 förderungsgesetz (AFBG) förderfähig sind,
183 beschränkt unnötig das Handlungsfeld für
184 Qualifizierungen im Kontext der Transfor-
185 mationsanforderungen.

186

187 • Einführung einer Bildungs(teil)zeit

188

189 • Rechtsanspruch auf Zeit für Weiterbil-
190 dung und für Weiterbildung Durch den
191 Wandel der Arbeitswelt verändern sich Be-
192 rufsbilder und Qualifikationsprofile mas-
193 siv. Weiterbildung ist zentral für Beschäfti-
194 gungssicherung. Sie darf sich gerade des-

195 halb nicht mehr auf Spezialisten und Füh-
196 rungskräfte beschränken. Alle Beschäftig-
197 tengruppen müssen die Chance bekom-
198 men, sich zu qualifizieren

199

200 • Rechtsanspruch für Beschäftigte ohne
201 Ausbildung auf Nachholen eines Berufsab-
202 schlusses.

203

204 • staatlich geförderte Bildungszeiten und
205 Bildungsteilzeiten sollten eingeführt wer-
206 den, um Umschulungen und Zusatzqualifi-
207 zierungen attraktiver zu machen

208

209 • den Ausbau der frühkindlichen Ganztags-
210 betreuung und einen Rechtsanspruch auf
211 einen Ganztagsschulplatz

212

213 • bereits in der Sekundarstufe 1 in den Un-
214 terricht integrierte Informationen über be-
215 rufliche Möglichkeiten in der dualen und
216 universitären Ausbildung, die die Rollenste-
217 reotypen überwinden, auf die Ausbildung
218 vorbereiten und die Zahl der Ausbildungs-
219 abbrüche zu reduzieren.

220

221 • eine geschlechtsneutrale Berufsberatung
222 durch die Bundesagentur für Arbeit

223

224 • weitere geeignete Maßnahmen für mehr
225 Frauen in MINT-Berufen und mehr Männer
226 in den sozialen Berufen

227

228 • die Schulgeld-, Lernmittel- und Studi-
229 engebührenfreiheit bis zum Abschluss der
230 Ausbildung für alle gesetzlich geregelten
231 Ausbildungsgänge, sowie die Meisteraus-
232 bildung.

233

234 • eine Ausbildungsplatzumlage zur Sicher-

235 stellung eines auswahlfähigen und be-
236 darfsberechtigten Angebotes an Ausbildungs-
237 plätzen und eine Ausbildungsgarantie

238

239 • die Reform des Berufsbildungsgesetzes
240 (BBiG) mit

241

242 • der Überführung der verschulden Ausbil-
243 dungen in die duale Ausbildung oder in ein
244 duales Studium

245

246 • Fahrkostenübernahme, Qualitätssiche-
247 rung und Übernahmeregelung

248

249 • der Einführung einheitlicher Rahmenbe-
250 dingungen für das Duale Studium

251

252 • dem Ausbau in ein Weiterbildungssys-
253 tem mit Qualitätssicherung und Zertifizie-
254 rung, Freistellungs- und Rechtsansprüchen
255 und Finanzierungsmechanismen. Das re-
256 formierte und ausgebaute BBiG muss auch
257 die Rechte von Aus- und Weiterbildungs-
258 angeboten für alle Beschäftigten sichern.
259 Insbesondere für Ältere, Teilzeitbeschäftigte
260 oder Beschäftigte mit familiären Verpflich-
261 tungen während Erziehungs- und Pflege-
262 zeiten. Dazu gehört im Bedarfsfall auch ein
263 Kinderbetreuungsangebot.

264

265 • der Ausweitung der Weiter- und Fort-
266 bildung, die unternehmensunabhängig ge-
267 nutzt werden kann. Dabei wollen wir ein-
268 einheitliche Qualitätsstandards, die das he-
269 terogene Umfeld der Weiterbildungssyste-
270 me transparenter und qualitätsbezogener
271 macht.

272

273 • Bundeseinheitliche Regelungen der Wei-
274 terbildung

275

276 • Das Recht auf berufliche Fortbildung
277 muss gesetzlich verankert und ein öffent-
278 liches Weiterbildungs- und Beratungssys-
279 tem im Verbund von Berufsschulen, Hoch-
280 schulen und BA muss ausgebaut werden.

281

282 • Zudem brauchen wir einen Anspruch auf
283 Aufstiegs-Bafög auch für eine zweite Aus-
284 bildung.

285

286 • Insgesamt brauchen wir eine bessere fi-
287 nanzielle Unterstützung für Berufswechs-
288 ler/innen („zweite Chance“), Geringqua-
289 lifizierte oder Ausgebildete mit Studien-
290 wunsch: Die Befreiung der Aufstockungs-
291 beträge von der Sozialversicherung in der
292 Bildungsteilzeit steht noch aus!

293

294 • Eine Demokratisierung der Hochschul-
295 gremien verlangt auch, dass die Tarifpart-
296 ner bei der Gestaltung der Lernziele und -
297 inhalte von Hochschulen Einfluss nehmen
298 können. Denn: Die Hälfte aller Berufstäti-
299 gen kommt mittlerweile aus der Hochschu-
300 le in unsere Betriebe.

301

302 • Auch bei der betrieblichen Fortbildung
303 brauchen wir mehr Mitbestimmung: ein In-
304 itiativrecht des Betriebsrats zur Durchset-
305 zung von Qualifizierungsmaßnahmen und
306 die Verankerung eines Mitbestimmungs-
307 rechts des Betriebsrats über Lernangebote
308 und deren Integration in die Arbeitsorgani-
309 sation.

310

311 • die Weiterentwicklung der Arbeitslosen-
312 versicherung zu einer Arbeitsversicherung,
313 die Veränderungen der Arbeitswelt für Ar-
314 beitnehmerInnen bewältigbar macht und

315 auch zweite, und weitere Chancen ermög-
316 licht.

317

318 • die Anwendung des Allgemeinen Gleich-
319 behandlungsgesetzes (AGG) auch im Hoch-
320 schulbereich

321

322 Empfänger:innen: SPD-Landesparteitag
323 Rheinland-Pfalz, SPD-Landtagsfraktionen,
324 SPD-Parteivorstand, SPD-Bundesparteitag,
325 SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Mitglieder
326 der Bundesregierung